



Landeshauptstadt
Mainz

Niederschrift

**über die Sitzung
des Sozialausschusses
am 06.03.2018**

Anwesend

- Vorsitz

Lensch, Eckart Dr.

- Mitglieder

Gill-Gers, Alexandra
Hingst, Waltraud
Huck, Brian Dr. in Vertretung für Ruth Jaensch
Konrad, Walter
Lange, Karsten
Lauzi, Myriam
Mehler, Kurt
Pfeifer, Ann Kristin
Schmitt, Uta
Schykowski, Martin
Siebner, Claudia
Stumpf, Heinz-Werner
Viering, Christian
Westrich, Sissi
Braun, Ludwig
Bub, Kerstin

- beratende Mitglieder

Rizkalla, Diana

- Schriftführung

Kuhn, Eric

Entschuldigt fehlen

Hafner, Klaus
Hof, Horst
Jaensch, Ruth
At, Ayse
Carstensen, Jens
Diefenbach, Kerstin
Göbig-Fricke, Gaby
Steitz, Georg

Tagesordnung

a) öffentlich

1. Erfahrungsbericht zum Gesunde-Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland
2. Sachstandsbericht zu Antrag 1375/2015 des Mainzer Seniorenbeirates
3. Mündlicher Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation
4. Mündlicher Sachstandsbericht zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge
5. Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2017
6. Mitteilungen

Im Anschluss tagt der Sozialausschuss als Ausschuss für die Bürgerlichen Hospizien und Mainzer Stiftungen:

b) nicht öffentlich

7. Grundstücksangelegenheit;
8. Mitteilungen

Der Vorsitzende eröffnet um 16.30 Uhr die Sitzung und stellt fest, dass form- und fristgerecht eingeladen wurde und die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Einwendungen gegen die Tagesordnung werden nicht geltend gemacht.

Sodann erfolgt der Eintritt in die Tagesordnung.

öffentlich

Punkt 1 **Erfahrungsbericht zum Gesunde-Städte-Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland** **Vorlage: 0357/2018**

Frau Borngässer, Mitarbeiterin des Amtes für Soziale Leistungen im Bereich Gesundheitsförderung, stellt zusammen mit Frau Hollweck von KISS den 4-Jahres-Bericht zum Gesunde-Städte-Netzwerk vor. Im Anschluss werden Fragen der Ausschussmitglieder beantwortet. Auf ausgelegte Informationsmaterialien wird verwiesen.

Der Erfahrungsbericht für Juni 2013 bis Mai 2017 wird vom Sozialausschuss zur Kenntnis genommen.

Punkt 2 **Sachstandsbericht zu Antrag 1375/2015 des Mainzer Seniorenbeirates** **hier: Die "beSITZbare Stadt"** **Vorlage: 0533/2016** **Vorlage: 0287/2018**

Frau Groll von der Sozialplanung erläutert die Beschlussvorlage und beantwortet Fragen der Ausschussmitglieder.

Der Beirat, die Ausschüsse sowie der Stadtrat nehmen den Sachstandsbericht der Verwaltung zur Kenntnis. Erneute Berichterstattung in einem Jahr.

Punkt 3 **Mündlicher Sachstandsbericht zur Flüchtlingssituation**

Der Amtsleiter des Amtes für soziale Leistungen, Herr Hensel, berichtet über die aktuelle Entwicklung im Flüchtlingsbereich. Die in der Sitzung vom 14.11.2017 angekündigte Schließung der Gemeinschaftsunterkunft Wilhelm-Quetsch-Straße erfolgte im Januar 2018. Zudem lief der Mietvertrag mit dem Portland Casino zum 31.12.2017 aus und wurde nicht verlängert. Des Weiteren wurden 3 Häuser der Housing Area in Gonsenheim geschlossen, wodurch die Kapazität um 180 Plätze auf 420 reduziert wurde. Somit ergibt sich eine aktuelle Gesamtkapazität von 1795 Plätzen verteilt auf 9 Unterkünfte.

Momentan sind in den Gemeinschaftsunterkünften 1566 Plätze belegt, was einer Auslastung von 84% entspricht. Davon befinden sich 1041 Asylbewerber im Leistungsbezug nach SGB II. Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz werden von 525 Personen bezogen, wovon 421 abgelehnt und 108 noch im laufenden Verfahren sind.

Aktuell liegen die Zahlen der Neuzuweisungen von Asylbewerbern bei durchschnittlich 21 Personen pro Monat. Die Zahl der Familiennachzüge liegt bei durchschnittlich 5 Personen pro Monat. Die Anzahl der Personen, die die Unterkünfte verlassen liegt im Schnitt bei 53 Personen. Die Zahl der monatlich frei werdenden Kapazitäten ist rückläufig. Die weitere Entwicklung ist abzuwarten und bei der Entscheidung über weitere Unterkunftsauflösungen zu berücksichtigen.

Punkt 4 **Mündlicher Sachstandsbericht zur Einführung der elektronischen Gesundheitskarte für Flüchtlinge**

Seit dem 01.07.2017 läuft das Verfahren zur Ausgabe der elektronischen Gesundheitskarte an Flüchtlinge. Aktuell werden 525 Personen mit der elektronischen Gesundheitskarte versorgt. Die Vorauszahlungen belaufen sich pro Person auf 150 € im Monat. Die erste Abrechnung von Krankenhilfeleistungen der IKK-Südwest soll Mitte März 2018 erfolgen. Daher können momentan noch keine Aussagen zu der Entwicklung der Kosten getroffen werden können.

Die zum Rahmenvertrag ausgearbeitete Zusatzvereinbarung ist zwischenzeitlich unterschrieben. Die Zusatzvereinbarung wird den Fraktionen zur Verfügung gestellt.

Punkt 5 **Kenntnisnahme der Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2017 (verschickt am 05.12.2017)**

Die Niederschrift über die Sitzung vom 14.11.2017 wird ohne Einwände zur Kenntnis genommen.

Punkt 6 **Mitteilungen**

Es liegen keine Mitteilungen vor.

Ende der Sitzung: 18:00 Uhr

gez.

.....
Dr. Eckart Lensch
Beigeordneter

gez.

.....
Eric Kuhn
Schriftführung